

Bochum

Auch Leute aus Bochum sind von den Repressionen gegen Demonstranten in Genua betroffen. Wir erklären, warum sie festgehalten werden.

Seite 3

Antifa

Die „Phase 2“ ist eingeläutet: Mit der gleichnamigen Zeitschrift will die bundesweite Antifa-Bewegung auf den Putz hauen.

Seite 2

Hochschule

Bald wird's teuer: Erst erlaubt ein Gericht Gebühren für sog. „Langzeitstudierende“, dann fand Bildungsministerin Bulmahn dies auch noch toll.

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



Bochumer Polizeipräsident kriminalisiert Junkies Drogen: Konsum, Politik, Beratung und üble Repression

Alle Fachleute wissen es: Es gibt weniger ein Drogenproblem, als ein Problem mit der Drogenpolitik. In Bochum wird dies in besonderer Form inszeniert: Politik, Sozialbehörde, Drogenhilfe und Staatsanwaltschaft wollen – ähnlich wie in anderen Städten – ganz pragmatisch dafür sorgen, dass es weniger Drogenprobleme gibt. Doch einer stellt sich quer: Thomas Wenner, Polizeipräsident in Bochum.

Seit Monaten liegt ein Papier auf dem Schreibtisch des Bochumer Polizeichefs, in dem sich alle erwähnten Parteien zu einer Kooperation insbesondere mit der Drogenberatungsstelle (Drobs) in der Viktoriastraße verständigen. Eine sinnvolle Arbeit kann die Drogenhilfe schließlich nur leisten, wenn die Polizei nicht gleich jede Person durchsucht oder gar festnimmt, die sich der Anlaufstelle nähert. Dies gilt insbesondere dann, wenn die geplante „Fixerstube“ eingerichtet werden soll, in der Drogenkonsumenten

unter nicht-lebensdrohlichen Bedingungen die Möglichkeit erhalten sollen, mit ihrer Sucht zunächst einmal zu überleben. Hier finden sie saubere Spritzen, die sie unter hygienischen Bedingungen setzen können.

Polizeipräsident Wenner will das nicht. Er argumentiert gegenüber der bsz mit dem Legalitätsprinzip. Da er wisse, dass in der Beratungsstelle keine Drogen verkauft werden, müssen die KlientInnen ihren Stoff schließlich mitbringen. Der Besitz von Drogen sei strafbar. Seine BeamtInnen wiederum

würden sich strafbar machen, wenn sie dann nicht eingreifen. Deshalb unterschreibt er die Übereinkunft nicht. Sie sieht vor, dass die Polizei die Arbeit der Drogenberatungsstelle nicht beeinträchtigen soll. Auf die Frage, ob er denn auch nur einen einzigen anderen Polizeipräsidenten in NRW kenne, der seine Haltung teile, muss Wenner einräumen, dass er isoliert ist. Ob es ihn nachdenklich mache, dass alle anderen dies anders sehen? Wenner zieht sich hinter den Fall seines ehemaligen Bielefelder Kollegen Horst Kruse zurück. Ihm wirft die Staatsanwaltschaft Strafreitelung vor, weil er eine pragmatische Drogenpolitik mitgetragen hatte. Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist allerdings eine alte Fehde zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in Bielefeld. In Bochum hat die Staatsanwaltschaft deutlich signalisiert, keine Schwierigkeiten zu machen.

Drogenkonsum(t)räume

NRW-Justizminister Diekmann hatte darüber hinaus am Mittwoch letzter Woche eine Erklärung verbreiten lassen, in der unterstrichen wird, dass der Drogenbesitz für den Eigenkonsum nicht zu verfolgen ist und „Drogenkonsumräume“ ausdrücklich erwünscht seien. „Aus Sicht der SPD-Ratsfraktion ist damit die gegensätzliche Haltung des Bochumer Polizeipräsidenten in Frage gestellt“, freute sich daraufhin der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Steinbach. Doch Wenner zeigte sich unbeeindruckt: Er wolle erst einmal den Ausgang des Verfahrens in Bielefeld abwarten, erklärte er der bsz. Schon vor der geplanten Einführung der ‚Fixerstube‘ betreibt die Bochumer Polizei eine regelrechte Vertreibungspraxis gegenüber den BesucherInnen der Beratungsstelle.

In einem Brief an den Oberbürgermeister hatten 56 Gäste des Drobs-Café vor einem Monat beklagt: „Seit geraumer Zeit werden wir aus niedrigen und unverständlichen Gründen von den hiesigen Polizeibeamten angehalten. Dieses führte sehr oft dazu, dass wir ohne ersichtlichen Grund oder Auffindung von Beweismaterial

mehrere Stunden in Polizeigewahrsam genommen werden [...] Ein Beispiel dafür ist, dass Bürger, die aus der Drogenberatungsstelle kommen, gezielt angehalten, durchsucht werden und auf dem Bürgerweg sich ihrer Schuhe und Socken entledigen müssen. Dieses ist äußerst diskriminierend und beschämend [...] Erschwerend kommt hinzu, dass auch Substituierte mit Kindern sehr häufig von der Polizei unter Druck gesetzt werden, indem man ihnen androht, das Jugendamt zu verständigen [...]“

Wenner streitet nicht ab, dass seine BeamtInnen hart gegen die BesucherInnen der Beratungsstelle vorgehen. Mitten in der Stadt sei Polizeipräsenz erforderlich. Das Legalitätsprinzip verpflichte die BeamtInnen jedem beobachteten Anfangsverdacht nachzugehen. Etwas anderes wäre es, wenn die Beratungsstelle etwas außerhalb läge. Hier wäre keine ständige Polizeipräsenz notwendig und damit auch kein polizeiliches Einschreiten. Genau dies wollen auch einige Geschäftsleute in der Viktoriastraße. Sie alarmieren ständig die Polizei, wenn ihnen das Verhalten von BesucherInnen der Drogenberatungsstelle nicht angepasst genug erscheint.

Problemverlagerung

Wolfgang Cordes, Sprecher der Grünen im Bochumer Rat, weiß von dieser Strategie. Er ist davon überzeugt, dass die Stadt diesem Druck nicht nachgeben wird: „Dies wäre eine reine Verlagerung des Problems an eine andere Stelle.“ Dies sehen die Verantwortlichen der Beratungsstelle genauso. Sie finden es menschenunwürdig, wie die Bochumer Polizei mit ihren BesucherInnen umgeht. Sie merken immer deutlicher, dass gerade diejenigen vertrieben werden, denen sie am meisten Unterstützung anbieten könnten.

Das Fazit zur Bochumer Drogenpolitik kann nur ernüchternd ausfallen: Auch wenn die Strategie des Bochumer Polizeipräsidenten unemenschlich ist, eigentlich hat er recht. Verantwortlich für die üble Repression gegenüber den DrogenkonsumentInnen ist die Kriminalisierung von Drogenbesitz und -konsum durch die Bundesgesetzgebung. Das Problem ist nicht nur die Polizei, die sich hier übermäßig an Paragraphen hält. Das Problem sind die Gesetze der herrschenden Drogenpolitik.

mb



Chaos für Erstis bei Bachelor-Einführung Multidimensionales Denken

Es hätte alles so schön werden können: Die Studierenden waren endlich müde gemacht und gaben ihren Widerstand auf, und auch das Wissenschaftsministerium signalisiert, die Genehmigung des Antrags auf Einrichtung gestufter Studiengänge sei nur noch eine Frage der Zeit. Doch die Rechnung wurde mit einigen Unbekannten gemacht

Einer dieser Faktoren hat die Abkürzung NC und steht in diesem Fall für uniinterne Zulassungsbeschränkung. Eigentlich steigen ja alle bisherigen Magister-Fächer der G-Reihe zum kommenden Semester auf gestufte Studiengänge (B.A./M.A.) um, so dass StudienanfängerInnen nur noch nach dem neuen Modell zwei Fächer miteinander kombinieren können. Doch weil die örtlich zulassungsbeschränkten Fächer ihren NC noch nicht für die neuen (noch gar nicht ganz endgültig genehmigten) Abschlüsse beantragen konnten, können diese zum kommenden Semester, während alle anderen schon umstellen, nur Haupt- und Nebenfächer alten Typs anbieten, die sich aber per definitionem

mit den Bachelorfächern nicht kombinieren lassen. Es handelt sich um Kunstgeschichte, Theaterwissenschaft, Film- und Fernsehwissenschaft sowie Germanistik (erstmalig mit NC!); nach den AnfängerInnenzahlen vom Wintersemester 1999/2000 repräsentieren diese Fächer immerhin 35% aller Studis in Fächern, die bislang einen Magisterabschluss im Hauptfach anbieten.

Demnächst in diesem (Uni-)Theater: Abenteuer Studiengangwahl

Nun soll den Studierenden der NC-Fächer (betroffen sind übrigens auch die eigentlich ebenfalls schon zur ‚Umstellung‘ vorgesehenen ehemaligen Diplom-Studiengänge Biologie, Biochemie und Geographie) irgendwie doch erlaubt werden, ihre anderen Fächer noch als ‚alte‘ Nebenfächer zu studieren – als solche werden sie aber gerade zum nächsten Wintersemester abgeschafft, so steht es schließlich im von allen beteiligten Fakultäten ans Ministerium gestellten Antrag. Die Empfehlung lautet weiterhin, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eines der beiden Nebenfächer fallen zu lassen und zum Zwei-Fach-Bachelor zu wechseln.

Ob die StudienanfängerInnen des kommenden Semesters aber auch bis zum – eigentlich offiziell abgeschafften – Magister weiterstudieren dürfen, wofür sie sich schließlich zuerst wegen des NCs einschreiben mussten, ist eine der zahlreichen interessanten offenen Fragen, die sich aufdrängen, wenn man das Chaos gedanklich zu lichten beginnt – eine andere abenteuerliche Folge des Durcheinanderens ist, dass das bislang recht begehrte Nebenfach WiWi (zuletzt 234 AnfängerInnen), das eigentlich für die Bachelor-Studis ganz wegfallen sollte, nun doch noch studierbar sein wird, aber nur für Leute, die zufällig ein NC-Fach in ihrer Kombination haben. Eine Schlüsselqualifikation werden die kommenden Erstis so oder so ihren älteren KommilitonInnen ungewollt voraus haben: eine gründliche Einführung in multidimensionales Denken, absolviert schon vor dem eigentlichen Studienbeginn.

Ignoranz und dumme Sprüche

Die Stadtverwaltung antwortete gar nicht, die Sparkasse recht umfangreich, aber nicht im Sinne der Initiatorin. Ulrike Janz vom Bochumer Frauenbuchladen Amazonas hatte in Briefen die Stadtverwaltung bzw. deren Chef Oberbürgermeister Stüber und die Sparkasse aufgefordert, geschlechtsneutrale Schreibweisen in ihren Wortschatz aufzunehmen. Es sei eine Beleidigung und ein Affront gegenüber allen Bürgerinnen Bochums, die Anlaufstellen für die Bochumer Bürgerinnen und Bürger einfach Bürgerbüro zu nennen und Frauen damit unerwähnt zu lassen. Eine Umbenennung sei dringend geboten – am besten in BürgerInnenbüro. Ähnlich auch ihr Vorwurf an die Sparkasse, die alle Kundinnen und Kunden stets als Männer anzusprechen pflegt.

Leider konnte sich die Sparkasse Bochum ihrem Vorschlag, auf Formularen und in Anschreiben geschlechtsneutrale Redewendungen zu verwenden, nicht anschließen. Angeblich aus Sorge um die Lesbarkeit ihrer Schriftstücke. Im Falle von Überweisungsformularen sei gar der schnelle Transfer von Geld gefährdet. Außerdem habe das grammatikalische Geschlecht doch eh nix mit dem Geschlecht der zu bezeichnenden Personen oder Gegenstände zu tun. Und Sprache sei doch zur Kommunikation da und nicht zur Konfrontation. Und überhaupt: „Das wichtigste ist doch, dass Frauen von ihrer Sparkasse in Geldgeschäften völlig gleich behandelt werden. Und das ist in unserem Haus in jedem Fall gewährleistet“, so die Sparkasse. Na dann sind ja wohl alle beruhigt.

Skandinavistik: 2004 ist Schicht

Wie ein Vertreter der Fachschaft Skandinavistik mitteilte, wird der Studienbetrieb im Fach Skandinavistik noch bis 2004 aufrechterhalten. Das Fach wurde vom so genannten Expertenrat zur Streichung vorgeschlagen und soll von der RUB eingestellt werden. Gegenüber der FachschaftsvertreterInnenkonferenz äußerte ein Vertreter der Fachschaft Skandinavistik sein Bedauern über den mangelnden Willen der ProfessorInnen zur Erhaltung des Faches und rügte dabei besonders, dass kein Modell für einen gestuften Studiengang Skandinavistik entwickelt werden soll. Damit werde die letzte Chance verpasst, den Beschluss zur Streichung des Faches bis zur endgültigen Einstellung des Studienbetriebes noch zu kippen.



Kulturindustrie

„Wer Kulturindustrie hört, denkt an Standardisierung, Schematisierung, Reproduktion des Immergleichen, Massenbetrug. In der Tat verdankt sich die nicht erst für heutige Ohren allzu radikale Kritik der sogenannten populären Kultur einer wundersamen Begegnung: Horkheimer und Adorno, linke Intellektuelle, die der Faschismus nach Amerika verschlagen hat, treffen plötzlich auf ein System, worin nicht nur, wie herkömmlich, das Ökonomische und Politische, sondern längst auch der Bereich der privaten Reproduktion, der zwischenmenschlichen Beziehungen, des Genusses und nicht zuletzt des Denkens, kurz jene Sphäre der Kultur, auf die man in der alten Welt noch alle Hoffnungen und Illusionen gesetzt hat, in die Zuständigkeit des gesellschaftlichen Ganzen übergegangen ist.“ Mehr davon am 25./26. August im Bahnhof Langendreer beim vierten Seminar einer Reihe zur Kritischen Theorie, veranstaltet vom Arbeitskreis rote ruhr uni und dem ASIA-Referat für kritische Wissenschaften. Texte sind wie immer beim ASIA-Referat für kritische Wissenschaften, Universitätstr. 150, 44780 Bochum erhältlich oder unter critix@gmx.de anforderbar.

Fachschaft E-Technik heißt jetzt SUD

Die Fachschaft Elektrotechnik hat sich umbenannt. Wie ein Sprecher der Fachschaft der bsz erklärte, soll mit der Umbenennung der Einführung des neuen Studienganges ITS Rechnung getragen werden, dessen StudentInnen von der E-Technik-Fachschaft mitvertreten werden. Folgerichtig nennt sich die Fachschaft nunmehr FS Strom und Daten, kurz SUD.

Bis Redaktionsschluss konnte allerdings nicht mehr geklärt werden, wofür genau die Abkürzung ITS steht. Einigkeit bestand bei allen Befragten, dass es bei diesem Studiengang um die Sicherheit in der Informationstechnologie geht und dass die Abkürzung in jedem Fall englisch auszuspochen ist.

Die neue linke Zeitung phase 2 Alles anders und doch vieles wie bisher

Lange war sie angekündigt, nun liegt sie vor, die erste Ausgabe der phase 2. Vierundsechzig Seiten hat sie, sechs Mark kostet sie und soll in Zukunft alle zwei bis drei Monate erscheinen. Entstanden nach dem Antifakongress „2001 – das Jahr indem wir Kontakt aufnehmen“, welcher in diesem Frühjahr in Göttingen stattfand und nach der Auflösung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation, sieht die Redaktion in ihrem Projekt einen neuen Anfang „für bundesweite Diskussion, Aktion und hoffentlich bald auch wieder Organisation.“

Neben einem Titelthema sollen sieben weitere, ganz im Stil der hippen Popkulturlinks mit stylischen, englischsprachigen Namen bedachte Rubriken verschiedene Themenbereiche behandeln. So finden sich unter „system error“ Thesen zur Kapitalismuskritik, sollen Grundlagen für eine antikapitalistische Praxis gelegt werden, in „enemy country“ die rassistischen Verhältnisse analysiert, Raum für Diskussionen geboten werden, während unter dem Namen „20th century rocks“ Politik und Diskussionen der radikalen Linken dieses Jahrhunderts rückblickend aufgearbeitet werden sollen. Unter dem Titel „Gender jungle“ sollen regelmäßige Themen feministischer Debatten diskutiert, aber auch männliche Identitätskonstruktionen beleuchtet werden. Zusätzlich finden sich eine Kulturrubrik sowie eine für den Bereich der global action, die sich mit neuen internationalen Ansätzen emanzipatorischer Politik beschäftigen und über Stand und Bedingungen antikapitalistischer Kämpfe weltweit informieren soll. Im Großen und Ganzen sicherlich alles Dinge, die mensch erwartet hatte. Weshalb zumindest der Autor dieser Rezension positiv überrascht war über einen Bastelbogen für einen Abschiebeknaus, der nach Fertigstellung wunderbar mit diversen Feuerwerkskörpern zu Einsturz



gebracht werden kann! Dass dieser Scherz allerdings gleich geschlagene fünf Seiten in Anspruch nimmt, stößt bei einem Preis von immerhin 6 Mark schon ein wenig übel auf.

Durch die Institutionen in den Sachzwang

„Deutschland nach dem Sieg von 68 – Am Ende der Hoffnung“: Recht gelungen wird unter diesem Titelthema ein kurzer historischer Abriss des langen Marsches von Fischer und Konsorten geboten, wird analysiert, warum alles kam wie es kommen musste, wird zu Recht der Schluss gezogen, einem „revolutionären Reformismus“ wie ihn die 68er praktiziert haben, eine kräftige Absage zu erteilen.

Weitaus weniger begeistern kann hingegen ein Beitrag zum Verhältnis von antifaschistischer und antirassistischer Szene. Mit einer unglaublichen Arroganz wird da die Arbeit linker Antirassistischer Gruppen in den Dreck gezogen, die Aufforderung, diese sollten die Finger von Flüchtlingssozialarbeit lassen, ist nicht nur ein Faustschlag in Gesicht derer, die diese Arbeit machen, nein auch in das Gesicht der MigrantInnen. Dass dann auch noch nahegelegt wird, darauf zu drängen, dass diese Arbeit von Seiten des Staates oder von „liberalen Flüchtlingshilfsorganisationen“ gemacht wird, zeugt von der Unkenntnis antirassistischer Praxis.

Business as usual

Und genau diese Arroganz ist es auch, die an vielen Stellen der phase 2 durchscheint, und die mit ihrem Zeigefinger des oder der Immer-alles-besser-Wissenden stark den Eindruck erweckt, man halte Schriften der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation in den Händen. Politische Programmatik und Analysen erinnern stark an die Positionen, welche von der AA/BO bzw. ihren Mitgliedsgruppen vertreten wurden.

Besonders ist dies der Fall bei einem Text zur momentanen Situation der antifaschistischen Szene in der Deutschland. „Die Funktion des Antifaschismus wurde [...] häufig als Politisierungsfähigkeit und Anknüpfungspunkt für eine vorzunehmende Vermittlung grundsätzlicher Gesellschaftskritik gesehen, nicht aber als ein Zweck in sich selbst,“ heißt es da. Aha. Alles wie gehabt. Antifa allein als Politisierungsfeld für die antikapitalistische Politik – eine revolutionäre natürlich. Angesichts der staatlichen Maßnahmen gegen diverse Nazigruppen seit dem letzten Sommer wird dann auch noch der Verdacht geäußert, „Antifaschismus sei ein Projekt zur Rettung des bürgerlichen Staates und seiner zivilen Gesellschaft vor dem Faschismus.“ Übertroffen nur noch von der dreisten Frage,

ob „mit der linksradikalen Aufladung von Antifa nicht der Verhinderung diktatorischer Staatsformen unnötige Hürden in den Weg gelegt werden.“ Da dürften so manchem sich als linksradikal begreifenden Menschen die Haare zu Berge stehen. Mehr Kostproben gefällig? „Gerade weil im revolutionären Reformismus“ so wenig Platz für Gesellschaftsanalyse und -kritik bleibt, ist auch kaum zu erwarten, dass aus der Zusammenarbeit mit den (potenziellen) Naziopfern die Anfänge einer neuen linksradikalen Bewegung entstehen.“ Jaja – wenn mensch ständig die revolutionäre Bewegung im Sinn hat, kann einem wohl kaum eine andere Motivation für die Zusammenarbeit mit den Opfern rassistischer Überfälle in den Sinn kommen, als die Hoffnung auf diese Weise die revolutionäre Bewegung zu stärken.

Angenehm fällt dagegen der Beitrag in der Kulturrubrik „no Style“ auf, der sich mit dem neuen RAF-Chic beschäftigt, versucht, Parallelen zwischen Jan Delays Ragga-Song Söhne Stammheims und dem Film Black Box BRD nachzuweisen und die Frage aufwirft, wie von linksradikaler Weise in diese Diskurse eingegriffen werden kann.

Was bleibt?

Bleibt abschließend zu sagen, dass phase 2 vielleicht oft wichtige Fragen aufwirft, die politischen Konzepte jedoch leider genau all jenen Klischees entsprechen, die mensch von der AA/BO so leidig gewohnt war – dass der Artikel zur Geschichte der AA/BO mit martialischen Fotos Motoradhelme tragender Autonomen während einer Demonstration der Göttinger Antifa (M) vom Anfang der 90er Jahre garniert würde, war sowieso abzu-sehen...

Aber für eine Zeitung, die sich selber den Anspruch gibt, ein Informations- und Diskussionsforum der linksradikalen Szene zu sein, ist die inhaltliche Programmatik doch arg beschränkt, nervt die ständige Betonung des Kampfes gegen den Kapitalismus, erscheinen alle anderen Dinge nur noch als Beiwerk.

Interessant bleibt die Frage, ob das Projekt lediglich zu einer Art Mobilisierungsorgan für die Gründung einer neuen „Organisation“ wird, oder den Sprung zum eigenständigen, von einer Szene getragenen Blatt schafft.

jas

Bundesregierung schwenkt auf Linie Baden-Württembergs Bundesverwaltungsgericht: Studiengebühren zulässig

Ende Juli wies das Bundesverwaltungsgericht die Klagen gegen die in Baden-Württemberg erhobenen Strafgeldgebühren für StudentInnen, welche die Regelstudienzeit überschritten haben, zurück. In ersten Stellungnahmen zogen studentische Interessenvertretungen eine zwiespältige Bilanz.

Beate Jörger, Sprecherin des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW Baden-Württemberg, etwa meinte dazu: „Trotz der Niederlage können wir der neuen Situation etwas Positives abgewinnen: der Weg nach Karlsruhe steht uns endlich offen.“ Olaf Bartz, Geschäftsführer des



Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) relativierte indes die Bedeutung des Urteils und sieht die Politik gefordert: „Die Verwaltungsgerichte haben lediglich die Rechtmäßigkeit der Gebühren bejaht, nicht die Zweckmäßigkeit. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Politik die Unsinnigkeit der Strafgeldgebühren einseht.“ Das ABS bedauerte, daß die Gerichte bislang nicht in der Lage gewesen seien, die soziale Lage der StudentInnen richtig zu erkennen. Gerade StudentInnen aus einkommensschwachen Familien werde durch die Strafgeldgebühren ein Abschluss ihres Studiums erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Unterdessen zeichnet sich die Fortsetzung der gerichtlichen Auseinandersetzung ab; eine der Klägerinnen ließ bereits verlauten, sie werde Verfassungsbeschwerden einlegen.

Strafgeldgebühren für alle!

Ebenfalls Ende Juli erklärte Bundesbildungsministerin Bulmahn gegenüber dem ZDF, mit den Strafgeldgebühren in Baden-Württemberg einverstanden zu sein.

Ein Sprecher des Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa) sprach in diesem Zusammenhang von „einer klaren Absage an die letzten noch nicht gebrochenen rot-grünen Wahlversprechen im hochschulpolitischen Bereich“ und erinnerte daran, dass während des Hochschulstreiks 1997/98 und auch noch kurz vor den Bundestagswahlen SPD und Grüne und auch Bulmahn persönlich für ein bundesweites gesetzliches Studiengebührenverbot zumindest für das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden

Abschluss eintraten. Mit dem Bekenntnis zu den Strafgeldgebühren schwenke Bulmahn auf die Linie der GebührenbefürworterInnen in der CDU ein.

Wenn trotzdem von Seiten der Bundesregierung und der Regierungsfaktionen permanent von der „Sicherung eines gebührenfreien Erststudiums“ gesprochen werde, sei dies ein „plumper Versuch der Desinformation“ – so ein LiRa-Sprecher, der abschließend erklärte: „Was Bulmahn jetzt vollzieht, ist nichts anderes als der Einstieg in ein allgemeines Gebührensystem an der Hochschule.“

geka

Repression in Genua Bochumer Gefangene

War es das Berlusconi-Regime, das mit den Muskeln geprozt hat, oder waren's alle G8-Regierungen, die Angst vor denjenigen haben, die sie „repräsentieren“ sollen (aber nicht können)?

Wo auch immer die politische Verantwortung für die Knüppelorgie und den Tötung von Genua liegt, so steht doch seitdem fest, dass man dann Politik betreiben darf, wenn man vorher freudlichst die Genehmigung „seiner“ Regierung erhalten hat.

Wer's verabsäumt, sieht sich demnächst Otto Schilys Demo-Spezialeinheiten gegenüber, die den Rahmen einer jeden größeren Demonstration abstecken und anschließend kontrollieren soll. Denn so wie ein Militär nach außen hin um sich schlägt, sichert der preußische Innenminister die Verhältnisse mehr und mehr nach innen hin ab. Wäre ja wohl gelacht, wenn die kapitalistische Ausbeutung nicht unter sauberen und ordentlichen Bedingungen vorstatten ginge.

Reichlich unordentlich war das Verhalten der italienischen (genauer: römischen) Carabinieri: Zu offensichtlich übten sie in schwarzen Klamotten eingekleidet ihren Terror aus, zerlegten kleine Tante Emma-Läden, Mietwohnungen, Boutiquen, freie Tankstellen etc., um all diese Taten den Gegengipfel-TeilnehmerInnen in die Schuhe zu schieben. Schön blöd, wenn man sich vom Staatsfernsehen und AmateurfilmerInnen beim Zerbüttern militärischer Kommandos erwischen lässt.

Geordnet deutsch

Geordnet deutsch läuft das anders: Die Repression beginnt mit Ausreiseverboten auf leisen Sohlen, wie im Vorfeld von Genua geschehen. Am 10. Juli besuchte in Lüdenscheid die Polizei zum wiederholten Male vermeintliche Aktivisten der dortigen Autonomen Antifa (AAL) bzw. des Bündnis gegen Rechts (Bgr).

Man habe erfahren, im Bekanntenkreis gebe es fünf dem Staatsschutz bekannte Personen, die zum Klimagipfel nach Bonn bzw. zum G8-Gipfel nach Genua fahren wollten.

Ein Wuppertaler Antifaschist erhielt am 30. Juni dieses Jahres eine Ordnungsverfügung, derzufolge sein Personalausweis und sein Reisepass vom 29.(!) Juni bis zum 3. Juli 2001 gesperrt seien, da er angeblich eine „erhebliche Gewaltbereitschaft gegen Sachen und Personen“ gezeigt habe und entsprechendes Verhalten auch bei einer Demonstration in Salzburg von ihm zu erwarten sei.

Hilft alles dies nicht, muss man die europäische Ebene einschlagen: Wer sich nämlich nicht an diesen Ausreiseverbotsquatsch hält, kann ja noch immer an der Einreise in Italien gehindert werden. Den dortigen Behörden zufolge (siehe auch Tagesschau, heute, RTL News etc.) wurden etwa 3.000 abgewiesen, bei denen der „wohlbegründete Verdacht“ bestand, dass sie sich gewalttätig verhalten könnten. Der Haken am Rande: Ein Großteil dieser Personen hat dieses Land nie besucht. Woher also stammen die Daten? Genauer: Welche deutsche Behörden haben entsprechende Informationen an italienische KollegInnen (widerrechtlich?) weitergeleitet?

Okay, okay, sind ja nur Kinkerlitzchen. Es geht ja „nur“ um Datenschutz, und das in einer Zeit, in der jede und jeder daran gewöhnt wird, total überwacht zu werden und in der Big Brother kein Horrorszenerario darstellt, sondern lediglich ein Fernseh-Spiel ist.

Was geschieht, wenn ein kapitalistischer Staat unter Legitimationsdruck gerät, sieht man an den willkürlichen Verhaftungen während und nach der Demonstrationszeit in Genua. Der bereits oben erwähnte und konstruierte „Schwarze Block“ ist nach Angaben der Genueser Staatsanwaltschaft ein deutsches Phänomen mit bitterbösen Kriminellen, die nichts als Chaos und blinde Zerstörungswut im Kopf hätten.

Opfer dieser Lesart wurde z.B. die Oberhausenerin Angela Ockenburg, deren Urlaubs(-)rückreise nach Deutschland jäh von der italienischen Polizei unterbrochen wurde (WAZ, Lokalausgabe Oberhausen, 28. Juli 2001). In ihrem Auto „entdeckten“ die Beamten schwarze Kleidung und – hört, hört – ein Brotmesser. Eine österreichische Straßentheatergruppe hätte besser ebenfalls auf schwarze Kleidung und nicht funktionierende Gasmasken verzichten sollen, die sie für eine witzige Live-Performance auf der Demo brachten.



Nach der Festnahme begann der Horror: Ein inzwischen freigelassener Mann aus Oberhausen berichtete, dass er und seine Mitgefangenen getreten und geschlagen wurden. Einige Häftlinge mussten sich nackt ausziehen und auf dem kalten Boden liegen bleiben. Alle Klischees bis zum sprichwörtlichen „Treppensturz in der Polizeiwache“ wurden Wirklichkeit.

Nach wie vor sitzen 49 Personen ein, 22 von ihnen stammen aus Deutschland, davon eine aus Bochum, welche der Redaktion bekannt ist. Das Bochumer Antifa-Plenum veranstaltete für die Freilassung der Gefangenen am Dienstag, dem 7. August 2001, (leider nach Redaktionsschluss) eine Demonstration zum italienischen Konsulat in Dortmund. Dabei sollten von dem Vater des Bochumer Inhaftierten Protestunterschriften übergeben werden. In der folgenden Ausgabe werden wir detailliert darüber berichten – und hoffentlich über die Freilassung aller Gefangenen!

Wer Solidarität mit den Gefangenen üben möchte, kann dies auf vielfältige Art und Weise tun. Haltet die Augen nach Flugblättern auf (leider beachtet die hiesige Lokalpresse das Thema kaum), beteiligt Euch an Demonstrationen und reicht die Information, dass noch immer Menschen in italienischen Gefängnissen einsitzen, weiter.

Aber auch Geldspenden sind vonnöten, denn die Anwälte wollen bezahlt, die Informationsweitergabe finanziert werden. Daher sei noch einmal auf das unten genannte Spendenkonto verwiesen.

Sofortige Freilassung der G8-Gefangenen!

Jorch Schönewerk

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.
Stichwort „Genova-Solidarität“
Kontonr. 191100462
Postbank Dortmund
BLZ 44010046

Interview mit einer Demotouristin Urlaub am Mittelmeer

Drei Gruppen prallten in Genua aufeinander: der böse, böse „Black Block“, die friedlichen „GlobalisierungsgegnerInnen“ und die „Polizei“. Wahlweise als Horde, Masse oder Armee. Dass sich diese Gruppen immer aus einzelnen, sozusagen unterschiedlichen Menschen zusammensetzen fällt dabei im Allgemeinen unter den Tisch. Im Gegensatz zu SoldatInnen und PolizistInnen, die sich gerne hinter hierarchischen Ordnungen und unbedingtem Gehorsam verstecken, ist es für DemonstrantInnen fast unmöglich, nicht in eine der großen Schublade gesteckt zu werden. Nachfolgend dokumentieren wir ein Interview mit einer „Demotouristin“ aus dem Ruhrgebiet.

Warum bist du zu den Gegenaktivitäten gegen den G8-Gipfel nach Genua gefahren?

Meine persönliche Motivation nach Genua zu fahren, war eigentlich, ein paar Tage Urlaub am Mittelmeer, ein paar spektakuläre Fotos von brennenden Autos und ein oder zwei Blicke auf die Demonstrationen. Politisch gesehen stehe ich den Aktivitäten gegen solche Gipfel eher skeptisch gegenüber, wegen verkürzte Kapitalismuskritik und so.



Wie hast du die brutale Stürmung der Diaz-Schule durch italienische Polizeieinheiten erlebt?

Den Überfall auf die Schule, welche vom GSF als Schlafmöglichkeit zur Verfügung gestellt wurde und auf das IMC (indymedia center) habe ich glücklicherweise im Schutz einiger Büsche etwas weiter entfernt miterlebt. Gesehen habe ich nur noch, nachdem ich durch laute Schreie aus dem Schlaf gerissen wurde, wie etwa zweihundert Cops am Eingangstor der Schule rüttelten. Daraufhin sind einige Menschen, darunter ich, über ein Baugerüst an der Rückseite entkommen. Nachdem das Ganze schließlich vorbei war und wir zur Schule zurückkehrten, war diese komplett verwüstet und mit Blut verschmiert. Die Menschen, welche teilweise noch im Schlaf fast ausnahmslos schwer verletzt wurden, kamen erst ins Krankenhaus und danach

direkt in die Polizeikaserne, wo sie stundenlang weitergefoltert wurden.

Das IMC-Gebäude, welches gegenüberlag, wurde ebenfalls gestürmt, die Menschen welche sich dort aufhielten wurden glücklicherweise nicht verletzt, da es sich hauptsächlich um JournalistInnen handelte. Bei dieser Aktion wurden Filme und Videos, welche belastendes Material für die Polizei bzw. Beweise für deren unverhältnismäßig brutales und rechtswidriges Vorgehen in den Tagen davor bei den Demonstrationen enthielten, zerstört und beschlagnahmt. Am Tag danach war in den Medien zu sehen, was die Polizei an Beweismaterial für einen Stützpunkt des Schwarzen Blocks, welcher die Schule angeblich gewesen sein soll, aufzubieten hatte, es handelte sich unter anderem um Holzlaten, Vorschlagshämmer und ähnliches Werkzeug (die Schule war zu dem Zeitpunkt eine Baustelle) sowie eine Thermoskanne.

Welche Repressionen laufen seit dem Gipfel?

Nachdem die Demonstrationen gelaufen waren, stand fest, dass dem so genannten Schwarzen Block die alleinige Verantwortung für die Ausschreitungen plus die Gewalt zugeschoben wurde, und dieser entsprechend dafür verantwortlich gemacht wurde, dass friedliche Demonstrationen von der Polizei zusammengeknüppelt wurden, dass ein Mensch erschossen wurde und dass so etwas wie zum Beispiel das Demonstrationsrecht mal eben außer Kraft gesetzt wurde. In Folge dessen wurden in den nachfolgenden Tagen hauptsächlich bei Personen- bzw. PKW-Kontrollen

willkürlich Menschen festgenommen, bei denen Metallgegenstände, schwarze Kleidung usw. gefunden wurden, was sie als Mitglieder des schwarzen Blocks ausweisen sollte. Dabei kam es vor, dass ihnen auf einmal Dinge gehören sollten, von denen sie vorher noch nie etwas gehört hatten und dass die sogenannten Beweismittel in einem heillosen Durcheinander einfach irgendwem zugeordnet wurden. Aus Deutschland sitzen zur Zeit noch 21 Leute, davon zwei aus Oberhausen und einer aus Schwelm. Den meisten wird vorgeworfen, Mitglieder einer kriminellen Vereinigung zu sein, welche sich aus der angeblichen Mitgliedschaft zum schwarzen Block ergibt. Diese Woche stehen einige Haftprüfungstermine an, also bleibt erstmal abzuwarten. Geld ist jedenfalls dringend nötig (s.o. Spendenkonto).

Wie ist deine Einschätzung zu den folgenden Gipfeln? Würst du weiterhin vor Ort demonstrieren?

In Zukunft werden solche Treffen, wie sich ja schon abzeichnet, wahrscheinlich eher an entlegeneren Orten stattfinden, ansonsten kann ich jedenfalls nicht viel dazu sagen. Da ich so oder so nicht in erster Linie in Italien war, um Widerstand gegen die bösen Regierungschefs, welche die Fäden ziehen, zu leisten, wird es in Zukunft eher ungewiss sein, wo ich meinen Urlaub verbringen werde.



:bsztermine

9. bis 19. August

Black Box BRD

Film zu Wolfgang Grams (RAF) und Alfred Herrhausen (Deutsche Bank)
Kino Endstation, Bhf. Langendreer, Bochum
9. bis 15. August: 20 Uhr
16. bis 19. August: 22 Uhr

Mittwoch 15. August

Repression in Genua

Infoveranstaltung zu den Bochumer Gefangenen nach dem G8-Gipfel (s. Seite 3)
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Freitag 17. August

Bicycle IV

Fahrraddemo
18 Uhr, Hauptbahnhof, Bochum

Sonntag 19. August

Odyssee – Kulturen der Welt

feat. Oi-Va-Voi, MoMo & DJ Max Reinhardt
19 Uhr, Konzert im Stadtpark am Bismarckturn, Bochum

Montag 20. August

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Mittwoch 22. August

Sexualisierte Gewalt im Krieg und ihre Folgen

In der Reihe „FrauenGesundheit und Migration“: Karin Griese (Medica mondiale)
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Donnerstag 23. August

Migration ist Normalität

Werkstattgespräch zur Aktualität der Einwanderung in Deutschland mit dem Referenten Ralf Berger („Allerweltschhaus“, Köln) in der Reihe Odyssee – Kulturen der Welt
20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Samstag 25. August

15 Jahre Bahnhof Langendreer - Das Sommerfest
ab 15 Uhr

Sonntag, 26. August

Mau Mau – Torino Tramps für Tanzvergnügen

in der Reihe Odyssee – Kulturen der Welt
19 Uhr, Stadtpark am Bismarckturn, Bochum

Dienstag, 28. August

Ruhr-Koordination

„G8“-Gipfel und Gegengipfel in Genua, mit Gerhard Klas, Rheinisches Journalistenbüro und Redaktion SoZ
19 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag, 30. August

Institutioneller Rassismus

Die Schule als Spiegel unserer Gesellschaft – Werkstattgespräch mit der Referentin Annette Kammertöns (Ruhr-Uni Bochum) in der Reihe Odyssee – Kulturen der Welt
20 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Freitag, 31. August

Buchpräsentation

JungdemokratInnen/Junge Linke NRW stellen „Give the feminist a cigarette“ vor
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Kinocafé)



Grenzcamp am Frankfurter Flughafen Die inneren Grenzen im Visier

Anders als die Grenzcamp in den letzten drei Jahren, die alle in der Nähe der deutschen Ostgrenze stattfanden, wurde dieses Jahr der Frankfurter Rhein-Main-Flughafen als Ort gewählt. An dem Camp beteiligten sich mehr als 1.500 Menschen, darunter auch die wohl aktivste Flüchtlingsgruppe, „The Voice“, die auch schon bei den letzten beiden Grenzcamp dabei war, sowie die Flüchtlingsinitiative Brandenburg. Die Entscheidung, diesmal die inneren Grenzen anzugreifen, kam nicht von ungefähr: Der Rhein-Main-Flughafen ist mit einem exterritorialen Internierungslager für Flüchtlinge ausgestattet; einreisende Flüchtlinge werden in der Transitzone inhaftiert, bis die zuständige Behörde über ihren Asylantrag bzw. ihre Einreise entschieden hat; jährlich werden vom Flughafen aus mehr als 10.000 Menschen, oft unter Anwendung physischer Gewalt, abgeschoben.

Ganz anders präsentiert sich der Flughafen in der Öffentlichkeit: als Drehscheibe für Waren aus aller Welt, als interkulturelle Begegnungsstätte mit globalem Flair. Gerade dieser Kontrast zwischen globaler Mobilität von Menschen und Gütern auf der einen Seite und der Abschottung des Schengen-Territoriums auf der anderen Seite, war Grund genug, den Frankfurter Flughafen als Ort für eine politische Intervention zu wählen.

Im Gebäude C182 des Flughafens werden die Menschen interniert, die auf ihre Abschiebung bzw. das Ergebnis ihres Asylantrages oder ihrer Eklage warten – seit Oktober 1999 auch unbegleitete Kinder. In dem Gebäude gibt es Schlafplätze für sieben Personen, die in 6- oder 10-Bettzimmern untergebracht werden können. Den internierten Menschen stehen ein Gebetsteppich, ein Fernseher, zwei Telefone und fünf Toiletten zur Verfügung, die vier Duschcabins sind nicht nach Geschlecht getrennt. Die Fenster sind entweder zugeschweißt oder nur einen Spalt breit zu öffnen, frische Luft schnappen „dürfen“ die Gefangenen zweimal täglich auf

einer eingezäunten Rasenfläche. Um die menschlichen Belange kümmert sich ein Flughafensozialdienst, organisiert von Caritas und dem Evangelischen Regionalverband.

Die Flüchtlinge im Internierungslager stehen unter massivem Stress. Zu der menschenunwürdigen Unterbringung am Flughafen kommt hinzu, dass die meisten durch die Ergebnisse in ihren Herkunftsländern traumatisiert sind, sich oft weder untereinander noch mit dem deutschen Personal verständigen können; sie erleben extreme Hilflosigkeit und Langeweile. Im Mai 2000 erhängte sich eine Algerierin nach sieben Monaten Haft, seit 1997 gab es 18 weitere Selbstmordversuche. Zwei Flüchtlinge wurden während ihrer Abschiebung durch BGS-Beamte ermordet: Kola Bankole 1994 und Aamir Ageep 1999.

Während des Camps, das vom 27. Juli bis zum 5. August stattfand, war aber nicht nur der Flughafen selbst Angriffspunkt öffentlichkeitswirksamer Aktionen, sondern auch rassistische Kontrollen, Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern, Meldepflicht, Residenzpflicht, befristete Duldung, Asylbewerberleistungsgesetz und Arbeitsverbot – in der Frankfurter Innenstadt, auf Bahnhöfen, durch die Polizei, Ausländerbehörden, Arbeitsämter, Sozialämter usw. Um die Vielfalt der Angriffsflächen und erprobten Aktionsformen auf dem diesjährigen Camp darzustellen, sind hier einige exemplarisch ausgewählt.

SPD-Büro besetzt

Am Dienstag besetzten etwa hundert Menschen kurzfristig das SPD-Büro in Frankfurt und unterstützten mit dieser Aktion die Forderungen nach sofortiger Freilassung der immer noch 49 inhaftierten Menschen, die während und nach den Protesten gegen den G8-Gipfel festgenommen wurden. Nachdem aus dem SPD-Büro zahlreiche Faxe an NGOs, Botschaften und Bundestagsabgeordnete versendet worden waren, verließen die BesetzerInnen nach etwa einer halben Stunde das Gebäude.

Etwa zur gleichen Zeit drangen einige Camp-AktivistInnen in die Frankfurter Börse ein und entrollten ein Transparent mit der Forderung nach angemessener Entschädigung aller ehemaligen ZwangsarbeiterInnen; sie bewarfen die „Priester des shareholder value mit peanuts“. Parallel dazu fanden auf Anfrage des Grenzcamp in Walldorf zwei Führungen auf dem Lehrpfad der Außenstelle des KZ Nazweiler statt. In dieser Außenstelle arbeiteten 1.700 jüdische Ungarinnen aus dem KZ Auschwitz für den Frankfurter Flughafen.

Auch an eben diesem Dienstag wurden in Bad Vilbel und Frankfurt-Fechenheim, den Wohnorten eines CDU-Politikers und des Geschäftsführers des Instituts für Staatspolitik, „Denkmäler“ wider der Reinwaschung der Wehrmacht und der Verharmlosung faschistischer Gewalt enthüllt. Die Hauswände wurden mit Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ und „Patrioten sind Idioten“ verschönert. Genannter CDU-Politiker, Wolfgang Bodenstedt, hatte 1998 einen rassistisch motivierten Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus gerechtfertigt. Götz Kubitschek, besagter Geschäftsführer, war einer der Hauptorganisatoren von Aktivitäten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–44“.

Ausländeramt zugemauert

Am Mittwoch errichteten DemonstrantInnen eine symbolische Mauer vor der Ausländerbehörde. „Ziel der Aktion war es, die unsichtbare Mauer für Nicht-Betroffene sichtbar zu machen, die Mauer, die tagtäglich für Menschen ohne deutschen Pass Repressionen bedeutet.“ Durch die Ausländerbehörden werden die in Deutschland geltenden rassistischen Sondergesetze wie bspw. die Residenzpflicht, nach der AsylbewerberInnen ein Landkreis zugewiesen wird, den sie nicht verlassen dürfen, mit unverhältnismäßiger Härte und Willkür umgesetzt. Das Funktionieren dieser Behörden trägt maßgeblich dazu bei, dass jedes Jahr von Deutschland aus 30.000 Menschen in Armut, Folter und Tod abgeschoben werden.

Einen Tag später demonstrierten ca. 250 TeilnehmerInnen des Grenzcamp im als NPD-Hochburg bekannten Dorf Wölfersheim gegen die dort herrschende rassistische Kleinstadtdylle. In Wölfersheim erhält die NPD regelmäßig über 20 Prozent der WählerInnenstimmen, es gibt zahlreiche rechtsextreme Veranstaltungen in örtlichen Gasthäusern und in der Stadthalle sowie einen NPD-Stammtisch. Entscheidender als die Wahlerfolge ist aber, dass die Nazis in Wölfersheim keine isolierte Minderheit darstellen, sondern fest im kleinstädtischen Milieu integriert sind. Der rassistische Konsens geht soweit, dass die Aufnahme von Asylsuchenden, zu der Kommunen verpflichtet sind, und die Einrichtung eines AsylbewerberInnenheims durch die Wölfersheimer Bevölkerung unterbunden wurde. „Dem CDU-Chef Wolf fiel dazu nicht mehr ein, als zu sagen, dass er bei seinem Sri Lanka-Urlaub niemanden gesehen habe, der Anrecht auf politisches Asyl habe.“ Wölfersheim ist hier leider keine Ausnahme, sondern stellt nur ein prägnantes Beispiel für den alltäglichen Rassismus in Deutschland, der Stiefelnazis in ihrem Handeln bestärkt, wenn nicht unterstützt.

Stop deportation

An der Abschlussdemonstration, die wie die Eröffnungsdemo eine Woche zuvor direkt am Frankfurter Flughafen stattfand, beteiligten sich 2.500 Menschen. Sie forderten ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und protestierten konkret gegen das Internierungslager und die Abschiebepaxis der Lufthansa. Während der gesamten Aktion blieb der Flughafen für Personen ohne Ticket geschlossen, Last-Minute-Flüge konnten nicht gebucht werden, einige Flugzeuge konnten erst mit erheblichen Verspätungen abfliegen. Als die DemonstrantInnen versuchten an den Absperrungen vorbei zum Internierungslager zu gelangen, knüppelte die Polizei wild drauf los und setzte Pfefferspray ein. Trotzdem: Alles in allem kann von einer gelungenen Aktion gesprochen werden, über die sogar in den TV-Nachrichten angemessen berichtet wurde.

am

:bszcamping No Borders!

Das Grenzcamp rund um den Frankfurter Flughafen war nur eines von mehreren no border camps in Europa; auch in Tarifa/Spanien, Petisovci/Slowenien und Krynki/Polen fanden antirassistische Camps statt. Die NoBorder-NoNation-Karawane des PubliXTheatre sollte die einzelnen Grenzcamp miteinander verbinden, erreichte Frankfurt, das zeitlich letzte Camp, aber nicht. In Genua wurden die AktivistInnen des PubliXTheatre ohne jegliche Rechtsgrundlage und mit stillschweigender Billigung der österreichischen Regierung (die meisten der AktivistInnen kommen aus Österreich) verhaftet. Auch in Tijuana-San Diego/Mexico, an der Grenze zu den USA gab es antirassistische Aktionstage. Die Idee der Grenzcamp hat sich vor allem über das europäische No border-Netzwerk verbreitet, dem antirassistische Gruppen aus den meisten westeuropäischen und einigen osteuropäischen Ländern angehören. Ein Ziel der Camps ist es gemeinsam neue Widerstandsformen gegen das brutale und oft tödliche Grenzregime der Festung Europa zu entwickeln.

2. bis 8. Juli, Tarifa

Das Grenzcamp in Tarifa war das erste no border camp in Spanien. Erst im Oktober 2000 hatten sich verschiedene kleine Gruppen in Barcelona zusammengeschlossen, um ihre Arbeit zu koordinieren; ein „No person is illegal“-Netzwerk wurde gegründet. Das erste Grenzcamp fand nicht ohne Grund in der Umgebung von Tarifa statt, jeden Monat werden dort um die 1.000 Menschen, die aus Afrika geflüchtet sind, von der Grenzpolizei verhaftet, fast täglich werden tote Flüchtlinge an der Küste gefunden.

4. bis 8. Juli, Petisovci

Petisovci liegt an der slowenisch-kroatisch-ungarischen Grenze. Slowenien gilt als einer der ersten Kandidaten für die EU-Erweiterung; die hoch gerüsteten Grenzanlagen würden damit zur EU-Außengrenze. Schon jetzt geht die Grenzpolizei mit äußerster Härte gegen Flüchtlinge vor. Grund genug, eben dort ein Grenzcamp zu veranstalten. An dem Camp nahmen etwa hundert Menschen teil, Aktionen waren u.a. ein Maskeradeumzug für die Öffnung der Grenzen und eine Kundgebung vor dem Abschiebeknast in Ljubljana.

5. bis 12. Juli, Krynki

Krynki liegt an der polnisch-weißrussischen Grenze. Die Aktionen, die von dem Camp ausgingen, sollten vor allem die Aufmerksamkeit der dort lebenden Menschen auf die Grenzregimes dieser beiden Länder richten. Diskussionsveranstaltungen auf dem Camp gab es u.a. zu Grenzregimes und der Erweiterung der EU, der Situation tschetschenischer Flüchtlinge in Polen, Weißrussland und Russland, Anarchafeminismus oder der Geschichte von jüdischen und muslimischen Menschen in dieser Region. Trotz massiver Einschüchterungsversuche seitens der Polizei nahmen etwa 250 Menschen an dem Camp teil.

20. bis 22. April, Tijuana-San Diego

Die Aktionen an der Grenze zwischen Mexico und der USA in Tijuana-San Diego werden zu den wichtigsten historischen Momenten an dieser Grenze gezählt. Es ist der erste breiter organisierte Protest gegen die Militarisierung dieser Grenze, gegen die Gewalt an MigrantInnen und gegen Organisationen wie NAFTA, WTO und FTAA.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Andrea Manske (am), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Second-Hand Party 2001

Second-Hand vereint u.V.
Verein zur Förderung der Gebrauchsgüter

Tödel-Tanz
Schweiß in der Klemme

Verkleiden für alle
anziehen - abkleben - anbehalten

15 Uhr: Kinderprogramm: Luftballonwettbewerb, Kochen, Schminken, Fotos, Toben, Fanta

18 Uhr: Siegerehrung des Mal- und Fotowettbewerbs „Second-Hand – find' ich Klasse“

18 Uhr: offene Modenschau für Teens, Teens bis Sixties

20 Uhr: Trüffel-Tanz auf DJ

Eintritt: Erwachsene 15,- DM, Kinder bis 12 Jahren frei

am 1. September 2001 ab 15 Uhr

in der Flohmarkthalle Bochum, Hermannshöhe 7 (5 Minuten vom Bahnhof)

Second-Hand. Eben mehr.